

„Berliner Tageblatt“

erschienen wochentlich, 12 Mal im Monat... Preis 1 Mark 50 Pf.



Abonnements-Preis

Für das „Berliner Tageblatt“ u. „Sonntags-Beilage“... Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 40 37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Donnerstag 23. Januar 1908

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 7.

Das preussische Wahlrecht vor dem Reichstag.

T. W. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Fehler begangen: sie hat ihre Interpellation über Fürst Bülows Wahlrechtserklärung mit einer Interpellation über Miß- und Straßenumarmen verknüpft.

Das Signal zu dieser ablenkenden Methode gab Fürst Bülow selber, der sich persönlich in den Reichstag bemüht hatte. Seine Leistung kann den alten Grundgedanken noch verschärfen, den keine Erklärung im Abgeordnetenhaus überall im Lande hinterlassen hat.

Wir haben kein Recht darüber zu urteilen, daß auch uns alle Strafen umgehungen nicht und unzulässig erschienen, und wir haben diese Ansicht auch denjenigen liberalen Draufgänger gegenüber verfochten, die mit solchen Manifestationen sympathisierten.

Und noch eine andere Frage drängt sich denen, die gestern den Fürsten Bülow hörten, über die seine Rede lesen, unwillkürlich auf. Fürst Bülow richtet an die Arbeiterbevölkerung eine „erste und auch einen wohlmeinenden Sorgen kommende Mahnung“ und er ruft den Sozialdemokraten zu: „Ich meine es mit den Arbeitern besser als Sie!“

Die sozialdemokratische Parteileitung hat gestern noch einen großen Fehler begangen: sie hat den Abgeordneten Richard Fischer als ersten Redner ins Feld geschickt. Herr Fischer legte neben manchem Fahren und Uebertriebenen auch manches Gute und Richtige, aber seine zweifelhafte Rede erwiderte die Hörer und Zuhörer, wie ein zu langer erster Akt, gleich im Beginn die Stimmung.

Für die drei Gruppen der Rechten — Konservativ, Reichspartei und Christlich-sozialer Vereinigung — nahmen drei Redner das Wort, die den Reichstag nicht erhöhen konnten. Alle drei lehnten es ab, von Reichstags-Mißgeboten zu sprechen, und alle drei beschränkten sich darauf, das Verhalten und die Erklärungen des Fürsten Bülow zu verteidigen.

Zwischen Kretsch und Kollé als Graf Komppsch im Namen des Zentrums eine Erklärung vor, die sich laut und deutlich für die Einführung des allseitigen Stimmrechts und direkten Wahlrechts in Preußen aussprach und in ihrer Kürze den Parteien der Linken zum Nutzen hätte dienen können.

Man hatte mit einiger Spannung die Erklärungen der drei freisinnigen Parteiredner erwartet, die von den mißgefallenen Wählern im Lande zu einer einheitlichen Haltung gedrängt wurden. Die freisinnige Volkspartei hatte dem in seiner Ueberzeugungstreue unangewiesenen Albert Trager die schwierigste Aufgabe übertragen, die etwas zögernde Taktik der Partei als fische Entschlossenheit hinstellte.

Die gestrige Debatte hat bei weitem nicht alle Erwartungen erfüllt — sie war zu reiflich, zu verflüchtigt, und verlor durch die falsche Taktik der Sozialdemokratie und durch die Diplomatie der Nationalliberalen sehr viel von ihrer Wirkung. Indessen, sie hat doch, neben sehr viel Reizem, wenigstens zu einem Resultat gebracht, und auch diese Resultate besitzen ihren Wert.

dem Scheitern der Wahlpolitik tadelnd ausreifen werden, daß der Liberalismus „einen großen Moment verflüchtigt“, und daß der zu früh gefällte Baum noch die schönsten Früchte hätte tragen können.

Wahlrechtskundgebungen.

In Girschberg a. S. hat am Dienstag eine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung des Vereins der freisinnigen Volkspartei für den Wahlkreis Girschberg-Schnau einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die von beabsichtigenden Wählern durch das Volk erfüllte Erklärung des Fürsten Bülow vom 10. Januar ist von der freisinnigen Bevölkerung als eine sehr volle Voraussetzung für die Erreichung des Wahls angesehen worden. Das Vertrauen der freisinnigen Bevölkerung, daß Fürst Bülow willens und in der Regierung auch mächtig genug sei, seinen Ideen entsprechende liberalen Anordnungen im Reichstag zu verhandeln, ist damit aufs tiefste sichergestellt.

In Braunschwelge kam es gestern Abend, wie ein Privattelegramm meldet, zu einer von sozialdemokratischer Seite veranstalteten großen Wahlrechtsdemonstration. Gegen 6 Uhr zogen etwa 6000 Arbeiter vom Gewerkschaftshaus zum Schloß, dessen Tore schließend geschlossen und dem Vordringen der Schloßwache wehrend wurden.

Berlin-Kiautschou.

F. D. Aus dem Osten, nach dem man neuerdings nie ohne Argwohn blickt, kommt eine Meldung freudigen und freundlichen Inhalts. Es ist endlich gelungen, den Anschluß von Kiautschou an das große atlantisch-europäische Netz zu gewinnen. Der Vertrag zwischen der Deutsch-asiatischen Bank und der Britisch-japanischen Korporation über den Bau der Tientsin-Jiangschou-Eisenbahn ist von der chinesischen Regierung bestätigt worden.

Für unsere ostasiatische Kolonie eröffnet sich damit die Perspektive eines wesentlich erhöhten Wohlstandes. In vier Jahren wird man auf dem Bahnhof Friedrichstraße nicht bloß nach Peking, sondern direkt nach Kiautschou einsteigen können. Der Hafen von Kiautschou, eine glänzende Schöpfung deutscher Wasserbaukunst, der zur Zeit noch eine ziemlich mäßige Frequenz aufweist, darf bei dem Hinterland, das sich ihm eröffnet, auf einen starken Verkehr rechnen, und dem Absatz der deutschen Kohlenwerke an der Schantungbahn wird der Nordwesten Chinas geöffnet sein.

Ueber seinen wirtschaftlichen Wert hinaus hat der Abschluß des Vertrages auch eine politische Bedeutung, die nicht bloß für chinesische Verhältnisse charakteristisch ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir ein erstes Zeichen fortgeschrittener Verständigung zwischen Deutschland und England vor uns haben. Die Schwerküsten, der die Konzeption der Linie Tientsin-Schanghai begehrten, lagen weniger bei der chinesischen Regierung oder den beiden kontrahierenden Finanzinstituten, sie ergaben sich aus der Rivalität Englands gegenüber Deutschland. Denn es waren die Regierungen beider Länder, die sich in Peking gegenüberstanden. Am Ende der neunziger Jahre war es zwischen Deutschland und England zu einer Abgrenzung der Interessensphären gekommen. Die Engländer hatten sich das große Stützgebiet des Jangtschi vorbehalten. Deutschland hatten sie den Nordosten seiner Interessens in Schantung aufgefunden. Dazu gehört in erster Reihe der Anschluß der deutschen Schantungbahn an eine Linie Tientsin-Schanghai. Doch mit dem Augenblick, daß im Jahr 1900 der Bau der Wagdadbahn Gestalt gewann, wandte sich der englische Einfluß in Peking gegen den Bau dieser Linie. Er hatte ihre Konzeptionierung bis zu diesem Augenblicke zu hinterzücken genützt. In den Verhandlungen des Bauplanes tritt die Abgrenzung der Interessensphäre, wie sie unter Lord Lansdowne erfolgte, wieder in Wirksamkeit. Ein Drittel der Bahn, die in das Jangtschigebiet gehört, fällt der englischen Finanzgesellschaft zu. Zwei Drittel, von